



Univ.-Prof. Dr. Egon Jüttner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 72291
Fax 030 227 - 76172

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Bundesregierung hält weiterhin an Anbindung des Hauptbahnhofs fest

Jüttner verlangt aber Klarstellung bestimmter Äußerungen

Berlin, 12. Januar 2011 – Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, hat dem Mannheimer CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Egon Jüttner auf dessen Parlamentarische Anfrage hin versichert, daß die Bundesregierung die gesetzliche Vorgabe aus dem Jahre 2004 „unverändert beachtet“, wonach die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Stuttgart ausschließlich über den Mannheimer Hauptbahnhof zu erfolgen hat. Allerdings hat der Staatssekretär in seiner Antwort gleichzeitig mitgeteilt, daß im Hinblick auf den gewählten Projektzuschnitt für die Neubaustrecke „ein Optimierungsbedarf“ bestehe und hinsichtlich des Projektzuschnitts „eine vorbehaltlose Herangehensweise notwendig“ sei. Ebenso wies Ferlemann darauf hin, daß neben einer angemessenen Einbindung des Eisenbahnknotens Mannheim auch den „verkehrlichen Anforderungen des Personen- und Güterverkehrs“ Rechnung getragen werden müsse und offene Fragen, etwa hinsichtlich der Trassierung der Neubaustrecke im Bereich Mannheim, zu klären seien.

Hier schrillten bei Jüttner die Alarmglocken: „Da gibt es offenbar Kräfte, die den Bundestagsbeschluß kippen wollen.“ Deswegen wandte sich der Abgeordnete erneut an Ferlemann. Er bittet den Staatssekretär um Klärung, „inwieweit Mannheim und der unmittelbare Zubringer zu Mannheim“ von diesem Optimierungsbedarf betroffen sind. Des weiteren bat Jüttner Staatssekretär Ferlemann um Auskunft, „welche verkehrlichen Anforderungen des Personen- und Güterverkehrs in Mannheim bestehen und welche Auswirkungen dies auf den Streckenverlauf und die ausschließliche Anbindung des Hauptbahnhofes Mannheim hat“. Jüttner: „Ich kämpfe mit ganzer Kraft für die ausschließliche Anbindung unseres Hauptbahnhofs und erteile allen Winkelzügen, die eindeutige gesetzliche Vorgabe, die vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, zu umgehen, eine klare Absage“. Er erwarte nun vom Bundesverkehrsministerium „eine deutliche Klarstellung, wie die interpretationsfähigen und mißverständlichen Formulierungen auszulegen sind“. Jüttner: „Wenn alles nichts hilft, müssen wir eine neue fraktionsübergreifende Kampagne starten“.

PRESSMITTEILUNG